

JOCHMANN · ZITZMANN · PABST



Sachkundeprüfung im Bewachungsgewerbe

gemäß § 34a GewO

13. Auflage

 BOORBERG

Sachkundeprüfung im Bewachungsgewerbe

gemäß § 34a GewO

Dr. phil. Ulrich Jochmann

Sicherheitsberater, langjähriges Mitglied in IHK-Prüfungsausschüssen
Meister für Schutz und Sicherheit, Geprüfte Schutz- und Sicherheits-
kraft sowie Sachkundeprüfung

Jörg Zitzmann

Rechtsanwalt, Meister für Schutz und Sicherheit, Dozent, Mitglied
in IHK-Prüfungsausschüssen Meister für Schutz und Sicherheit,
Geprüfte Schutz- und Sicherheitskraft sowie Sachkundeprüfung

Anja Pabst

Dozentin, Meisterin für Schutz und Sicherheit, Mitglied in IHK-
Prüfungsausschüssen Sachkundeprüfung, Fachkraft/Servicekraft
für Schutz und Sicherheit sowie Ausbildereignungsprüfung

13., überarbeitete und erweiterte Auflage, 2023

Ulrich Jochmann, Dr. phil., geb. 1948, ist Sicherheitsberater; mehr als ein Vierteljahrhundert tätig in Führungspositionen der Dienstleistungsbranche, insbesondere der Sicherheitswirtschaft. Praxisorientiertheit und Fachkunde kennzeichnen die von ihm konzipierten, und durchgeführten Ausbildungsgänge für das Sicherheitspersonal. Als Fachbuchautor sowie durch langjährige Mitgliedschaft in einschlägigen Prüfungsausschüssen verschiedener IHKS besitzt er einen umfangreichen themenbezogenen Erfahrungsschatz.

Jörg Zitzmann, geb. 1967, ist als Rechtsanwalt mit den Schwerpunkten privates Sicherheitsrecht, Arbeitsrecht und Strafrecht in Nürnberg tätig. Er ist Meister für Schutz und Sicherheit, Berufspädagoge sowie Inhaber der nach DIN EN ISO 9001:2015 und AZAV zertifizierten Sicherheitsschule Akademie für Sicherheit (AfS) in Nürnberg. Zudem ist Herr Zitzmann Mitglied der Prüfungsausschüsse „Meister für Schutz und Sicherheit“, „Geprüfte Schutz- und Sicherheitskraft“ und „Sachkundeprüfung“ der IHK Nürnberg.

Anja Pabst, geb. 1975, ist seit 2011 in der Sicherheitsbranche tätig. Seit 2012 führt sie als Dozentin Lehrgänge bei der Akademie für Sicherheit (AfS) durch und ist als Kurskordinatorin tätig. Anja Pabst ist Meisterin für Schutz und Sicherheit und Mitglied der Prüfungsausschüsse „Sachkundeprüfung“, „Fachkraft/Servicekraft für Schutz und Sicherheit“ sowie „Ausbildung der Ausbilder“ (Ada) der IHK Nürnberg.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek | Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

13. Auflage, 2023

Print-ISBN 978-3-415-07426-2

E-ISBN: 978-3-415-07427-9

© 2005 Richard Boorberg Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Titelfoto: © EtiAmmos – stock.adobe.com | Satz: abavo GmbH, Nebelhornstraße 8, 86807 Buchloe

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG | Scharnstraße 2 | 70563 Stuttgart
Stuttgart | München | Hannover | Berlin | Weimar | Dresden

www.boorberg.de

Vorwort zur 13. Auflage

Die Sachkundeprüfung für das Bewachungsgewerbe wurde mit der veränderten Fassung des „Bewachungsrechts“ eingeführt, die Anfang 2003 in Kraft trat. Mit den zwischenzeitlich mehrmals geänderten Vorschriften hat der Gesetzgeber dazu beigetragen, den Zugang für eine berufliche Tätigkeit zum Schutz von Menschen und Sachwerten eindeutiger zu regeln. So ist u. a. seit 2016 für alle, die ein Bewachungsgewerbe eröffnen wollen, die Sachkundeprüfung zwingend vorgeschrieben. Zugleich sollten die Novellierungen des „Bewachungsrechts“ helfen, rechtswidrigen Entwicklungen, insbesondere missbräuchlichen Interpretationen geltender Vorschriften durch „schwarze Schafe“, entgegenzuwirken.

Große Neuerungen brachten Rechtsänderungen wie die EU-Datenschutzgrundverordnung (**DS-GVO**), die Änderung der Gewerbeordnung, aber auch die Neufassung der Bewachungsverordnung mit sich, die – ebenso wie die darauf fußende Anpassung des „Rahmenplans für die Sachkundeprüfung“ durch die DIHK – in dieser Neuauflage berücksichtigt worden sind.

Das Anliegen der Sachkundeprüfung besteht hauptsächlich darin, höhere Anforderungen an spezielle, in der Öffentlichkeit auszuübende Sicherungstätigkeiten zu stellen. Dies betrifft vor allem Kontrollgänge im öffentlichen Verkehrsraum und in Hausrechtsbereichen mit tatsächlich öffentlichem Verkehr, Tätigkeiten zum Schutz vor Ladendieben sowie Bewachungen im Einlassbereich von gastgewerblichen Diskotheken. Dazu kommen inzwischen auch Tätigkeiten in leitender Funktion in Asylunterkünften und bei Großveranstaltungen.

Hin und wieder glauben risikofreudige Menschen, die Sachkundeprüfung als eine Art „Glücksspiel“ absolvieren zu können, anstatt auf einschlägige Schulungsangebote zurückzugreifen. Die dadurch vorhandenen Wissenslücken führen meist zum Scheitern, da die richtige Beantwortung der Prüfungsfragen solide Fachkenntnisse voraussetzt.

Die Verfasser wollen mit dieser stark nachgefragten Neuauflage keineswegs die gründliche Vorbereitung der Sachkundeprüfung ersetzen. Vielmehr soll das vorliegende Buch die Vorbereitung auf die Sachkundeprüfung unterstützen. Aus dieser Absicht heraus sind die wesentlichen Inhalte des Rahmenstoffplanes der Sachkundeprüfung dargestellt.

Die Autoren waren auch bei der Neuauflage um eine übersichtliche und verständliche Darlegung des Stoffes bemüht. Eine lesefreundliche Gestaltung sowie zusätzliche Gliederungspunkte und Zwischenüberschriften sol-

len hierzu beitragen. Im Interesse einer möglichst kurzen und einprägsamen Wiedergabe wurde auf ausschweifende Erläuterungen verzichtet. Beispiele, die das Verständnis einzelner Sachverhalte fördern, und Zusammenfassungen, die den Lernerfolg sichern, wurden weitgehend in eine Kurzform gebracht. Dadurch gelang es, die vielfältige Themenpalette im Interesse des Lesers auf das vorliegende Maß zu komprimieren. Erweitert wurde der farbig gestaltete **Anhang**, der die wichtigsten Ge- und Verbotsschilder für Sicherheitsmitarbeiter enthält.

Zu Beginn jedes Kapitels wird auf den Anteil hingewiesen, den das jeweilige Thema in der schriftlichen Sachkundeprüfung einnimmt. Wenn dieser z.B. „16 von 100“ umfasst, bedeutet dies, dass von 100 möglichen Punkten in diesem Sachgebiet 16 Punkte erreicht werden können – vorausgesetzt, alle Fragen werden richtig beantwortet.

Für eine Vorbereitung auf die Sachkundeprüfung ist es notwendig, sich ausnahmslos mit sämtlichen Themen dieses Buches auseinanderzusetzen, da sie alle Gegenstand der Prüfung sein können. Im Kapitel 10 werden zusätzlich Hinweise gegeben, die geeignet sind, den Prüfungserfolg zu fördern. Als Wiederholung des gelernten Stoffs und weitere Prüfungsvorbereitung empfehlen wir den im selben Verlagshaus erschienen Band „Sachkundeprüfung im Bewachungsgewerbe in Frage und Antwort“ sowie das Online-Repetitorium unter www.sachkun.de.

Aufgrund des breiten inhaltlichen Spektrums ist der Nutzwert des Buches nach Absolvieren der Sachkundeprüfung keinesfalls erschöpft. Das Werk kann durchaus als Kompendium für viele Fragen der Bewachungstätigkeit verstanden werden. An Stellen im Buch, wo geschlechtsneutrale Formulierungen aus Gründen der Lesbarkeit unterbleiben, sind ausdrücklich sämtliche Geschlechtsidentitäten angesprochen.

Im Frühjahr 2023

Die Verfasser

Inhaltsverzeichnis

1	Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	13
1.1	Einführung	13
1.2	Was ist Recht?	13
1.3	Rechtsarten	14
1.4	Unterscheidung zwischen Öffentlichem und Privatem Recht	15
1.5	Handlungsweise öffentlicher und privater Institutionen	15
1.6	Grundgesetz	16
1.6.1	Grundrechte	16
1.6.2	Verfassungsprinzipien	18
1.7	Public Private Partnership	19
2	Gewerberecht	21
2.1	Gewerbeordnung.	21
2.1.1	Anzeigepflicht (§ 14 GewO)	21
2.1.2	Auskunft und Nachschau (§ 29 GewO)	22
2.1.3	Bewachungsgewerbe (§ 34a GewO)	22
2.1.4	Ordnungswidrigkeiten (§ 144 GewO)	24
2.1.5	Bewacherregister.	24
2.2	Bewachungsverordnung	25
2.2.1	Örtliche Zuständigkeit (§ 1 BewachV)	25
2.2.2	Unterrichtung in Strafsachen (§ 2 BewachV)	25
2.2.3	Angaben bei der Antragstellung (§ 3 BewachV)	25
2.2.4	Unterrichtungsverfahren (§§ 4 – 8 BewachV)	25
2.2.5	Sachkundeprüfung (§§ 9 – 12 BewachV)	26
2.2.6	Haftpflichtversicherung (§ 14 BewachV)	27
2.2.7	Beschäftigte, An- und Abmeldung von Wach- und Leitungspersonal (§ 16 BewachV)	27
2.2.8	Dienstanweisung, Wahrung von Geschäftsgeheimnissen (§§ 17 BewachV, 2, 4, 23 GeschGehG)	28
2.2.9	Ausweis, Kennzeichnung der Wachperson (§ 18 BewachV)	29
2.2.10	Dienstkleidung (§ 19 BewachV)	29
2.2.11	Buchführung und Aufbewahrung (§ 21 BewachV)	30
2.2.12	Ordnungswidrigkeiten (§ 22 BewachV)	30

3	Bewachtungsspezifische Aspekte des Datenschutzes	33
3.1	Grundsätzliches und Begriffsbestimmungen.	33
3.2	Grundsätze der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 5 DS-GVO)	34
3.3	Rechtmäßigkeit der Verarbeitung (Art. 6 DS-GVO)	35
3.4	Rechte der betroffenen Person (Art. 12 DS-GVO)	35
3.5	Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person (Art. 13 DS-GVO)	35
3.6	Technische und organisatorische Maßnahmen (Art. 24, 32 DS-GVO)	36
3.7	Videüberwachung öffentlich zugänglicher Räume (Art. 32 ff. DS-GVO, § 4 BDSG)	36
3.8	Meldung von Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten (Art. 33 DS-GVO)	37
3.9	Datenschutzbeauftragter (Art. 37 – 39 DS-GVO)	37
3.10	Strafvorschriften im StGB, BDSG, Haftung und Sanktionen . .	37
4	Bürgerliches Recht	39
4.1	Eigentümer, Besitzer, Besitzdiener.	39
4.2	Verbotene Eigenmacht (§ 858 BGB)	40
4.2.1	Selbsthilfe des Besitzers (§ 859 BGB)	40
4.2.2	Selbsthilfe des Besitzdieners (§ 860 BGB).	41
4.3	Schadensersatzpflicht/Unerlaubte Handlung (§§ 823 ff. BGB).	41
4.3.1	Haftung für unerlaubte Handlungen Minderjähriger	42
4.3.2	Tierhalterhaftung	42
4.4	Schikaneverbot (§ 226 BGB).	43
4.5	Spezielle Rechtfertigungsgründe im BGB	43
4.5.1	Notwehr (§ 227 BGB, § 32 StGB)	44
4.5.2	Verteidigender (defensiver) Notstand (§ 228 BGB)	45
4.5.3	Angreifender (aggressiver) Notstand (§ 904 BGB).	46
4.6	Selbsthilfe (§ 229 BGB).	46
4.7	Wichtige Unterscheidungskriterien der Rechtfertigungsgründe	47
4.8	Verhältnismäßigkeit	48
4.9	Fundsachen (§§ 965 ff. BGB)	49

5	Straf- und Strafverfahrensrecht	51
5.1	Grundlagen	51
5.1.1	Vorsatz/Fahrlässigkeit (§ 15 StGB)	51
5.1.2	Versuch (§§ 22, 23 StGB)	52
5.1.3	Täterschaft, Anstiftung, Beihilfe (§§ 25, 26, 27 StGB)	53
5.1.4	Offizialdelikte/Antragsdelikte/Privatklagedelikte.	53
5.2	Voraussetzungen der Strafbarkeit	54
5.3	Ausgewählte Tatbestände.	56
5.4	Rechtfertigungsgründe im Strafrecht.	67
5.4.1	Notwehr, § 32 StGB	67
5.4.2	Rechtfertigender Notstand, § 34 StGB	68
5.4.3	Vorläufige Festnahme, § 127 Abs. 1 StPO	68
5.5	Entschuldigungsgründe	68
5.5.1	Überschreitung der Notwehr, § 33 StGB	69
5.5.2	Entschuldigender Notstand, § 35 StGB	69
5.6	Unterscheidungskriterien zwischen Notwehr, Notwehrüberschreitung und Putativnotwehr	70
5.7	Unterscheidungskriterien zwischen „rechtfertigendem Notstand“ und „entschuldigendem Notstand“	70
5.8	Bewachungspersonal als Zeuge vor Gericht	71
5.9	Beschuldigtenrechte	71
5.10	Befugnisse von Gerichten, Staatsanwaltschaft und Polizei	72
6	Umgang mit Verteidigungswaffen	73
6.1	Waffenbegriffe (§ 1 Abs. 4 WaffG i. V. m. Anlage 1 zum WaffG)	73
6.2	Erwerb, Überlassen und Führen von Waffen.	74
6.3	Erhalt der Waffenbesitzkarte (§ 10 Abs. 1 WaffG)	74
6.4	Munitionserwerb (§ 10 Abs. 3 WaffG)	75
6.5	Schusswaffen und Munition für Bewachungsunternehmer und ihr Bewachungspersonal (§ 28 WaffG)	75
6.6	Erhalt des Waffenscheins (§ 10 Abs. 4 WaffG)	76
6.7	Verbotene Waffen (§ 40 WaffG i. V. m. Anlage 2 zum WaffG)	77
6.8	Straf- und Bußgeldvorschriften (§§ 51 – 54 WaffG)	77
6.9	Behandlung von verbotenen Gegenständen/Behandlung von Betäubungsmitteln nach BtMG durch Sicherheits- mitarbeiter.	78

7	Unfallverhütungsvorschriften	79
7.1	Grundlagen	79
7.2	Grundsätze der Prävention (DGUV Vorschrift 1, früher BGV A 1)	80
7.3	Wach-, Sicherungs- und Werttransportdienste (DGUV Vorschrift 23, früher BGV C 7)	82
7.3.1	Eignung, Befähigung, Dienstanweisung, Unterweisung	82
7.3.2	Überwachung, Ausrüstung und Mitwirkung der Versicherten	83
7.3.3	Führung/Haltung/Transport von Wachbegleithunden	85
7.3.4	Schusswaffen (Ausrüstung/Aufbewahrung/Führung)	87
7.3.5	NSL (Notruf- und Serviceleitstelle, ständig besetzte Stelle)... ..	88
7.3.6	Geld-/Werttransportdienste	89
7.4	Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung am Arbeitsplatz (ASR A 1.3, DGUV Vorschrift 9, früher BGV A 8)	91
8	Umgang mit Menschen	93
8.1	Wahrnehmung	93
8.1.1	Körpersprache	94
8.1.2	Erster Eindruck	95
8.1.3	Territorialverhalten	96
8.1.4	Einfühlsamkeit	97
8.2	Selbstwertgefühl	98
8.2.1	Selbstsicherheit und Selbstvertrauen	98
8.2.2	Überwertigkeits- und Minderwertigkeitsgefühle	99
8.2.3	Selbstwertgefühl und angemessenes Handeln	100
8.3	Motivation	101
8.3.1	Motivation und Verhalten	101
8.3.2	Fehler im Umgang mit Menschen	103
8.3.3	Spezifika ausgewählter sozialer Gruppen	104
8.3.4	Spezielle soziale Gefährdungslagen	110
8.4	Kommunikation	114
8.4.1	Ebenen des Kommunikationsprozesses	114
8.4.2	Ansprechen von Personen/Gesprächsführung	116
8.4.3	Mitarbeitergespräche	118
8.4.4	Kritik äußern	119
8.5	Konfliktmanagement	120
8.5.1	Konfliktentstehung und -ausweitung	120
8.5.2	Konfliktfaktor Stress	122
8.5.3	Stressbewältigung im Dienst	123
8.5.4	Eskalation und Deeskalation	125

8.6	Gruppenspezifika und Umgang mit Gruppen	128
8.6.1	Die Gruppe	128
8.6.2	Die Menge	130
8.6.3	Panik und Katastrophensituationen	132
8.6.4	Katastrophenabwehr (Panikmanagement)	134
8.6.5	Großveranstaltungen	135
8.7	Eigensicherung	139
8.7.1	Mitführen von Notwehrgeräten und Notwehrmitteln.	140
8.7.2	Aspekte der Eigensicherung	142
9	Grundzüge der Sicherheitstechnik	147
9.1	Grundlagen	147
9.2	Mechanische Sicherungseinrichtungen	148
9.2.1	Umfriedungen (Einfriedungen)	148
9.2.2	Durchlässe	149
9.2.3	Schlösser	151
9.2.4	Schließanlagen	152
9.2.5	Fenster	153
9.2.6	Wertbehältnisse, Tresorräume und Werttransportfahrzeuge.	154
9.3	Elektronische Sicherungstechnik	155
9.3.1	Gefahrenmeldeanlagen	155
9.3.2	Videüberwachung	160
9.3.3	Zutrittskontrollsysteme	162
9.4	Brandschutz	163
9.4.1	Vorbeugender Brandschutz	163
9.4.2	Abwehrender Brandschutz	166
9.5	Technische Kommunikation	168
9.6	Leitstellen	172
10	Praktische Hinweise zur Sachkundeprüfung	175
10.1	Allgemeine Hinweise	175
10.2	Schriftliche Prüfung	176
10.3	Mündliche Prüfung	178
	Anhang	181
	Schlusswort	183
	Literaturverzeichnis	185
	Stichwortverzeichnis	187

1 Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

1.1 Einführung

Prüfungsrelevanz

Das Thema **Recht der öffentlichen Sicherheit** hat in der schriftlichen Prüfung den Umfang 8 von 100 und zählt zu einem der Schwerpunkte in der mündlichen Prüfung.

Hinweis

In diesem Kapitel geht es zunächst um die **Abgrenzung** zwischen **öffentlichem** und **privatem Recht**. Anschließend wird das Verhältnis und die Abgrenzung von den Aufgaben, Befugnissen und Wirkungsbereichen öffentlicher und privater Institutionen erläutert. Schließlich werden die Grundrechte und die Verfassungsprinzipien aus dem Grundgesetz dargestellt.

1.2 Was ist Recht?

Unter **Recht** versteht man die „Gesamtheit aller Rechtssätze“, das heißt alle rechtlichen Normierungen in einem Staat. Im Folgenden geht es ausschließlich um rechtliche Regelungen in Deutschland. Darunter fallen:

- **Gesetze** wie z. B. das Grundgesetz (GG), das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB), das Strafgesetzbuch (StGB), die Gewerbeordnung (GewO) etc.,
- **Verordnungen** wie z. B. die Bewachungsverordnung (BewachV),
- **Satzungen**, z. B. von Gemeinden oder Landratsämtern,
- **Rechtsprechung** (Urteile von Gerichten),
- **Gewohnheitsrecht** (findet z. B. beim Schichtwechsel im Wachdienst eine Übergabe statt, erhält diese Zeit meist nur einer der beiden Mitarbeiter bezahlt).

Keine der Vorschriften darf gegen eine höherwertige Vorschrift verstoßen. So ist ein Gesetz, das nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, nichtig. Einfache Gesetze sind höherwertiger als Verordnungen, diese wiederum sind höherwertiger als Satzungen.

1.3 Rechtsarten

Es gibt zwei verschiedene **Rechtsarten**:

■ **Öffentliches Recht (ÖR)**

und

■ **Privates Recht (PR)**, auch Zivilrecht oder Bürgerliches Recht genannt.

Öffentliches Recht und Privates Recht können wie folgt **unterschieden** werden:

Im **ÖR** geht es um ein Rechtsverhältnis zwischen **Staat** und **Bürger** (z. B. im Strafrecht, Steuerrecht, Gewerberecht oder Waffenrecht). So wird zum Beispiel im Strafrecht der Täter (Bürger), wenn er eine Straftat begangen hat, vom Richter (vertritt den Staat) verurteilt.

Hinweis

Unter **Staat** versteht man ein „Gebilde“, das sich aus Staatsvolk (wir), Staatsland (Bundesgebiet) und einer Staatsmacht (Regierung) zusammensetzt.

Im **PR** geht es um ein Rechtsverhältnis zwischen **Bürger** und **Bürger**, wobei „Bürger“ z. B. auch eine private Firma sein kann (z. B. im Arbeitsrecht, Kaufrecht, Mietrecht, Familienrecht oder bei Schadensersatzforderungen zwischen Privatpersonen/-unternehmen).

Achtung

Auch der Staat kann ausnahmsweise im PR „wie ein Bürger“ auftreten, z. B. wenn ein Mitarbeiter einer Gemeinde Büroeinrichtung für das Rathaus kauft.

Die Unterscheidung ist deswegen wichtig, da es Fälle gibt, in denen **beide** Rechtsgebiete betroffen sind.

Beispiel

Wird ein Sicherheitsmitarbeiter von einem Täter verletzt, so muss sich der Täter vor dem **Strafgericht** verantworten und wird wegen Körperverletzung (§ 223 StGB) verurteilt (Strafrecht/ÖR). Unabhängig davon kann der Sicherheitsmitarbeiter vor dem **Zivilgericht** vom Täter Schadensersatz und Schmerzensgeld einklagen (BGB/PR).

Wichtig

Das sichere Unterscheiden beider Rechtsarten ist für die Sachkundeprüfung unerlässlich!

1.4 Unterscheidung zwischen Öffentlichem und Privatem Recht

Im **ÖR** besteht ein **Über-/Unterordnungsverhältnis** zugunsten des Staates, das heißt, der Staat gibt die Regeln vor, an die sich der Bürger zu halten hat, außer diese Regeln verstoßen gegen das Grundgesetz. So regelt der Staat beispielsweise, unter welchen Voraussetzungen ein Bürger ein Bewachungsgewerbe eröffnen darf (Genehmigung der zuständigen Behörde gemäß GewO). Erfüllt der Bürger die Voraussetzungen, die der Staat vorgibt, nicht, so erhält er auch keine Genehmigung.

Im Gegensatz dazu sind im **PR** beide Seiten **gleichberechtigt**. Verhandeln zum Beispiel der Arbeitgeber und ein neu einzustellender Mitarbeiter (beides Bürger) über die Konditionen des Arbeitsvertrages, so kann keiner den anderen zu etwas zwingen, da beide gleichberechtigt sind. Nur wenn beide sich einigen, kommt der Vertrag zustande. Selbst dann kann keiner den anderen zu etwas zwingen, da beide (im gesetzlichen Rahmen) ein Kündigungsrecht haben.

1.5 Handlungsweise öffentlicher und privater Institutionen

Wenn der Staat im Rahmen des ÖR gegenüber einem Bürger tätig wird, so geschieht das durch die zuständigen (Sicherheits-)Behörden bzw. deren Beamte (z. B. wenn ein Polizist den Ausweis eines Verdächtigen kontrolliert). Bei dieser Amtshandlung wird der Polizist nicht als private Person, sondern in seiner Funktion als Beamter **hoheitlich** (obrigkeitlich) tätig. Dies bedeutet, dass der Beamte spezielle Aufgaben und Befugnisse vom Staat übertragen bekommen hat und somit über mehr Rechte verfügt als eine private Person.

Gewaltmonopol

Da es aber in einem Rechtsstaat ausgeschlossen sein muss, dass jeder, der ein Recht gegen einen anderen zu haben glaubt, dieses Recht selbst durchsetzt (Faustrecht), hat der Staat das **Gewaltmonopol**.

Damit ist gemeint, dass grundsätzlich nur der Staat Gewalt anwenden darf. Will ein Bürger seine Rechte durchsetzen, so muss er sich grundsätzlich an den Staat wenden (wenn z. B. ein Arbeitgeber keinen Lohn ausbezahlt, darf ihn der betroffene Arbeitnehmer nicht mit Gewalt dazu zwingen, sondern muss sich an den Staat wenden, im Beispielsfall an das zuständige Arbeitsgericht).

Wichtig

Ausnahmen vom Gewaltmonopol bilden die sogenannten **Jedermannsrechte**. So darf sich u. a. im Rahmen der Notwehr jeder mit erforderlichen und gebotenen Mitteln, also gegebenenfalls sogar mit „körperlicher Gewalt“ selbst gegen einen rechtswidrigen Angriff verteidigen, ohne sich erst an den Staat wenden zu müssen.

Wenn ein Bürger nach PR einem anderen Bürger gegenüber tätig wird, z. B. aufgrund der Jedermannsrechte (A verteidigt sich gegen B in Notwehr), so wird er nicht hoheitlich tätig, sondern ist dem anderen Bürger gegenüber gleichberechtigt, sodass keiner mehr Rechte hat als der andere, also grundsätzlich auch nicht ein Sicherheitsmitarbeiter im Dienst (Ausnahme: Hausrecht)!

Zuständigkeitsbereiche

Da die Polizei in Deutschland grundsätzlich Sache der einzelnen Bundesländer ist, wird sie als ein ausführendes Organ des Staates aufgrund der Polizeigesetze der einzelnen Länder tätig. Zuständig ist sie grundsätzlich nur im **öffentlichen Bereich**, es sei denn im Privatbereich ist etwas passiert, was die öffentliche Sicherheit betrifft, z. B. eine Straftat.

Private Sicherheitsdienstleister dagegen werden aufgrund der Jedermannsrechte tätig (z. B. Notwehr, Notstände, Selbsthilfe etc.) und sind grundsätzlich nur in nichtöffentlichen Hausrechtsbereichen zuständig (**privater Bereich**).

Daraus ergibt sich, dass sich Rechte, Pflichten und Einsatzbereiche öffentlicher und privater Institutionen grundsätzlich nicht überschneiden.

Hinweis

Details zu den **Jedermannsrechten** sowie Besitz- und Besitzdienenrechten sind in den nachfolgenden Kapiteln zum „Bürgerlichen Gesetzbuch“ und „Straf- und Strafverfahrensrecht“ dargestellt.

1.6 Grundgesetz

1.6.1 Grundrechte

Der eigentliche Sinn der Grundrechte ist der **Schutz des einzelnen Bürgers** vor dem Staat. Zu starke Eingriffe in die Rechte des Bürgers (beispielsweise grundlose Hausdurchsuchungen durch die Polizei) sollen dadurch vermieden werden.

Die Grundrechte haben jedoch auch im Umgang der Bürger untereinander eine große Bedeutung (sogenannte **Drittwirkung**). So dürfen auch Mitarbeiter einer Wachfirma nicht die Grundrechte anderer Personen verletzen. Im Einzelnen sind Kenntnisse über folgende Artikel des Grundgesetzes notwendig:

Art. 1 GG: Menschenwürde

Die **Menschenwürde** ist unantastbar. **Verstöße** gegen die Menschenwürde sind u. a.:

- öffentliche Bloßstellung (z. B. bei einer vorläufigen Festnahme),
- Diskriminierung (wegen Herkunft, Rasse, Religion o. Ä.),
- körperliche Kontrolle durch Andersgeschlechtliche (Wachdienstmitarbeiterin tastet männlichen Besucher ab).

Die Menschenwürde hat jeder Mensch **von Geburt** an, sie muss nicht erst übertragen werden.

Art. 2 GG: Dieser enthält mehrere Grundrechte wie

- das Recht auf **freie Entfaltung der Persönlichkeit** (sog. „Allgemeine Handlungsfreiheit“; jeder darf tun und lassen, was er will, solange er nicht gegen Gesetze oder Rechte anderer verstößt);
- das Recht auf **Leben** (keine Todesstrafe, Tötung eines Menschen ist strafbar);
- das Recht auf **körperliche Unversehrtheit** (Körperverletzung strafbar);
- das Recht auf **Freiheit** der Person (Freiheitsberaubung grundsätzlich strafbar).

Art. 3 GG: Gleichheitsgrundsatz

Alle Menschen sind **gleich** (und sind **gleich zu behandeln**).

Art. 5 GG: Meinungs- und Pressefreiheit

Jeder darf seine **Meinung** äußern, wie er will, solange er damit nicht gegen Gesetze (z. B. § 185 StGB, Beleidigung) oder Rechte anderer verstößt.

Art. 10 GG: Brief-, Post-, Fernmeldegeheimnis

Briefe, Poststücke, Telefongespräche, Telefaxe, **E-Mails** etc. anderer dürfen grundsätzlich weder vom Staat noch von Privaten gelesen, abgehört o. Ä. werden.

Art. 12 GG: Berufsfreiheit

Jeder kann den **Beruf** wählen, den er möchte, doch kann der Staat Zugangsvoraussetzungen festlegen, z. B. Sachkundeprüfung für Ladendetektive.

Art. 13 GG: Unverletzlichkeit der Wohnung

Dieses Recht gewährleistet, dass der Besitzer grundsätzlich frei bestimmen kann, wer seinen privaten Bereich betreten darf und wer nicht = **Hausrecht**.

Art. 14 GG: Eigentum wird gewährleistet, aber verpflichtet!

Jeder darf **Eigentum** haben, aber es darf von dem Eigentum keine Gefahr für andere ausgehen, z. B. dürfen Passanten nicht von einem einsturzgefährdeten Haus bedroht sein.

Art. 19 GG: Einschränkung von Grundrechten

Grundrechte dürfen nur auf der Grundlage eines Gesetzes eingeschränkt werden.

Art. 104 GG: Zulässigkeit und Ausgestaltung der Freiheitsentziehung

Dieser Artikel bietet Schutz vor unberechtigtem Freiheitsentzug, so muss z. B. ein von der Polizei festgenommener Täter spätestens am nächsten Tag dem Haftrichter vorgeführt werden, der über die weitere Haft entscheidet.

Merke

Das Grundgesetz kann **nur** eingeschränkt werden, wenn eine gesetzliche, verfassungsmäßige Vorschrift dies erlaubt und die Einschränkung allgemeingültig ist.

1.6.2 Verfassungsprinzipien

In Art. 20 GG sind die **Verfassungsprinzipien** Deutschlands verankert. Dies sind im Einzelnen:

- **Demokratie** (alle Macht geht vom Volk aus, Volksvertreter werden gewählt),
- **Sozialstaat** (die Lebensbedingungen der Bürger sollen nicht zu weit auseinandergehen, daher gibt es z. B. Sozialhilfe oder Kindergeld),
- **Rechtsstaat** (Rechtsgrundlagen wie: „Keine Strafe ohne Gesetz“),
- **Republik** (kein Staatsoberhaupt aufgrund Geburt oder auf Lebenszeit),
- **Bundesstaat/Föderalismus** (d. h., es gibt zwei „Einheiten“, nämlich den Bund und 16 Bundesländer mit unterschiedlichen Kompetenzen – Beispiel: Polizei ist grundsätzlich Ländersache; Ausnahmen u. a. Bundeskriminalamt, Bundespolizei).

In Art. 20 GG ist auch festgelegt, dass in Deutschland das Prinzip der **Gewaltenteilung** gilt. Es gibt drei Gewalten:

- **Judikative** (richterliche Gewalt = Gerichte),
- **Legislative** (gesetzgebende Gewalt = Bundestag/Bundesrat),
- **Exekutive** (ausführende Gewalt = Polizei/Sicherheitsbehörden).

Der Sinn dieser Dreiteilung ist, dass sich die **Gewalten gegenseitig kontrollieren** und somit ein wirksamer Schutz vor Missbrauch gewährleistet wird. Will beispielsweise ein Staatsanwalt (= Exekutive) für einen Straftäter einen Haftbefehl beantragen, so muss erst ein Richter (= Judikative) überprüfen, ob die gesetzlichen Vorgaben (= Legislative) eingehalten wurden.

1.7 Public Private Partnership

Der Begriff **Public Private Partnership (PPP)** bezeichnet die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Stellen. Hintergrund ist die Unterstützung staatlicher Stellen z. B. durch private Sicherheitsdienstleister (beispielsweise Geld- und Werttransport, Sicherung öffentlicher Verkehrsmittel, Bestreifung öffentlicher oder öffentlich zugänglicher Bereiche wie Ladenpassagen).

Aber auch dann ist das Gewaltmonopol des Staates zu beachten, was bedeutet, dass den Privaten grundsätzlich „nur“ die Jedermannsrechte zustehen.

Ausnahmsweise können Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste nach Absprache mit den Sicherheitsbehörden jedoch eingeschränkt hoheitliche Rechte ausüben. Anwendungsbereiche sind hier z. B. die Überwachung des ruhenden Verkehrs, die Kontrolle der Zufahrt von Parkplätzen im öffentlichen Bereich bei Veranstaltungen oder die unter 6.9 im Zusammenhang mit verbotenen Gegenständen oder Betäubungsmitteln genannten Vorgehensweisen.

Zusammenfassung

Das in Deutschland geltende Recht setzt sich aus Gesetzen, Verordnungen, Satzungen, Rechtsprechung und Gewohnheitsrecht zusammen.

Das Recht wird aufgeteilt in Öffentliches Recht (Staat – Bürger) und Privates Recht (Bürger – Bürger).

Staatliche Stellen handeln hoheitlich, private Stellen gleichberechtigt.

Der Staat hat das Gewaltmonopol, die Bürger (auch die Sicherheitsmitarbeiter) haben die Jedermannsrechte inne.



Zusammenfassung (Fortsetzung)

Die Polizei handelt hoheitlich und ist grundsätzlich nur im öffentlichen Bereich zuständig. Private Sicherheitsmitarbeiter handeln nach den Jedermannsrechten und sind grundsätzlich nur in privaten Hausrechtsbereichen tätig.

Das Grundgesetz schützt den Bürger vor Maßnahmen des Staates, aber auch die Bürger untereinander.

Unter einer „Public Private Partnership“ versteht man eine Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Stellen (z.B. zwischen Polizei, Ordnungsamt und privatem Wachdienst bei einer Veranstaltung).

2 Gewerberecht

Prüfungsrelevanz

Das Thema **Gewerberecht** hat in der schriftlichen Prüfung den Umfang 4 von 100, das heißt, es sollte in der Vorbereitung nicht überbewertet werden. Es sollte aber auch nicht vernachlässigt werden, da es zu den Schwerpunkten der mündlichen Prüfung zählt.

Hinweis

Dieser Themenbereich gliedert sich in die **Gewerbeordnung** (GewO) und die darauf basierende **Bewachungsverordnung** (BewachV).

2.1 Gewerbeordnung

In der Gewerbeordnung (GewO) ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen man ein Gewerbe **selbstständig** ausüben darf.

Unter **Gewerbe** versteht man eine selbstständige, auf Dauer angelegte und auf Gewinn ausgerichtete Tätigkeit, die nicht zu einem freien Beruf (z. B. Arzt, Rechtsanwalt) zählt.

Selbstständig ist eine Tätigkeit grundsätzlich u. a. dann, wenn kein Arbeitsverhältnis vorliegt, mehrere Auftraggeber vorhanden sind, keine Weisungsgebundenheit vorliegt und eigene Werbung gemacht wird.

Neben allgemeinen, hier relevanten Paragrafen wie §§ 14, 29, 144 GewO ist vor allem der Inhalt des § 34a GewO, der das Bewachungsgewerbe regelt, zu beachten.

2.1.1 Anzeigepflicht (§ 14 GewO)

Nach § 14 GewO ist derjenige, der ein **Gewerbe** selbstständig ausüben will, verpflichtet, dies der zuständigen Behörde zu **melden**. Die gleiche Verpflichtung gilt, wenn der Betrieb verlegt, sein Zweck geändert oder der Betrieb aufgegeben wird. Zweck dieser Vorschrift ist es, der zuständigen Behörde zu ermöglichen, den Gewerbebetrieb zu überwachen.

Das Bewachungsunternehmen ist ins Bewacherregister einzutragen, § 11b GewO.